

# Im Namen von 160 000 Bürgern

Nenndorfer Erklärung zu DB-Trassenbau: Anwaltsbüro soll Widerstände ermitteln / Weg über Kassel prüfen

VON GUIDO SCHOLL

**LANDKREIS.** Sechs Bürgermeister haben am Donnerstag die Nenndorfer Erklärung zum Bahntrassenbau zwischen Bielefeld und Hannover unterzeichnet. Die beiden Kernforderungen: Ein Grobkorridor über Kassel, der den Kreis Schaumburg verschonen würde, ist zwingend in Erwägung zu ziehen, und wenn doch die Strecke Minden-Hannover ausgebaut wird, dann muss dies trassennah geschehen.

Durch die Nenndorfer Erklärung werden 160 000 Menschen aus sieben Städten und Samtgemeinden vertreten. „Die beteiligten Kommunen haben schnell reagiert, genauso schnell wie sich hier Bürgerinitiativen gegründet haben“, betonte Nenndorfs Samtgemeindebürgermeister Mike Schmidt.

Das Papier werde nicht nur seitens der Verwaltung signiert. Auch die Politik habe in jeder der Kommunen der Unterzeichnung der Erklärung zugestimmt. „Wir sehen das als Start

unserer Zusammenarbeit“, so Schmidt. Ein Fachbüro soll eingeschaltet werden, um die Chancen zu verbessern, die Forderungen umzusetzen. Im Zuge des Planfeststellungsbeschlusses soll dieses Büro Raumwiderstände wie ökologisch und lärmtechnisch sensible Flächen zusammentragen. Dabei werde aber auch der eigentlich bereits ausgeschlossene Grobkorridor über Kassel



Nienstädt's Verwaltungschef, Ditmar Köritz, unterzeichnet die Erklärung, Mike Schmidt (Nenndorf), Marc Lahmann (Barsinghausen) und Andreas Günther haben den Akt bereits vollzogen.

FOTO: GUS

berücksichtigt, um diesen möglichst wieder ins Rennen zu bringen.

Die Infrastruktur auszubauen sei wichtig für die Wirtschaft. Doch eine südlichere Trassenführung ist aus Sicht der Unterzeichner zwingend ergebnisoffen zu prüfen. Sollte es dann trotzdem noch auf einen Ausbau unter anderem durch den Kreis Schaumburg hinauslaufen, dann muss dies nah an der jetzigen Trasse geschehen.

Die Stadt Minden und die Stadt Wunstorf hatten sich gegen einen Anschluss an den Siebener-Verbund entschieden. Schmidt bedauerte dies und sagte, dass die zusätzlichen 120 000 Einwohner dieser beiden Kommunen dem Ganzen noch etwas mehr Gewicht verschafft hätten. Aber auch ein späterer Anschluss sei noch möglich.

„Wir sind alle für den Deutschland-Takt und für den

Ausbau, aber nicht um jeden Preis“, sagte Reiner Brombach, Bürgermeister von Bückeburg. Er zeigte wenig Verständnis für das Ausscheren der Stadt Minden aus dem kommunalen Zusammenschluss bei diesem Thema. „Wir werden nicht verhindern können, dass dem einen oder anderen wehgetan wird“, so Brombach. Aber am Ende soll die beste Lösung für die Gesamtheit der durch die Nenndorfer Erklärung betroffe-

nen Bevölkerung herbeigeführt werden. „Es ist natürlich immer schwierig, sich mit dem Bund anzulegen“, gab auch Schmidt zu bedenken.

Barsinghausens Bürgermeister Marc Lahmann berichtete über ein Treffen mit dem zuständigen Staatssekretär, Enak Ferlemann. Demnach soll der Bürgerdialog zum Trassenausbau bereits im Jahr 2020 beginnen. Ein Datum für den Gleisausbau gebe es noch nicht. Lahmann sagte, er habe das Verfahren zur Stromtrasse Südlink als deutlich transparenter empfunden. Dabei seien mehrere Korridore zur Disposition gestellt worden. Im jetzigen Verfahren sei gewissermaßen der Grobkorridor bereits festgelegt worden.

Die Bürgerinitiativen aus Seelze, Munzel, Nenndorf, Bückeburg und Dedensen bewerteten die kommunale und fachliche Unterstützung positiv. Katrin Hösl von der BI Mit Masse gegen die Trasse zeigte sich zudem besorgt über die neuen Pläne einer ICE-Stecke für bis zu 300 Stundenkilometer schnelle Zugfahrten. Das Positionspapier signierten außer Schmidt Reiner Brombach (Bückeburg), Marc Lahmann (Barsinghausen), Ditmar Köritz (Nienstädt), Andreas Günther (Lindhorst) und Bernd Hedtmann (Porta Westfalica). Der Seelzer Bürgermeister, Detlef Schallhorn, hatte bereits im Vorfeld unterzeichnet.